

Åsa Lundqvist: *Familjen i den svenska modellen*. Umeå: Boréa 2007, 296 S.

Mit Åsa Lundqvists Buch *Familjen i den svenska modellen* (die Familie im schwedischen Modell) liegt eine neue historische Studie zur schwedischen Familienpolitik zwischen 1930 und 1975 vor. Angesichts der Fülle an älteren und jüngeren Publikationen zum Thema ist es schwierig, diesem Forschungsbereich neue Erkenntnisse hinzuzufügen. Doch Lundqvist geht den Gegenstand aus einem äußerst spannenden Blickwinkel an: Sie stellt sich zur Aufgabe, Familienpolitik als Zusammenspiel von wissenschaftlicher Wissensproduktion und politischer Steuerung von Familienstrukturen und Geschlechterverhältnissen zu untersuchen (S. 10). Zudem sieht Lundqvist, wie der prägnante Titel bereits andeutet, die schwedische Familienpolitik als integralen Teil eines umfassenderen gesellschaftspolitischen Projektes der Periode: der Ambition, das „schwedische Modell“ zu schaffen (ebd.). Lundqvist nimmt sich somit anspruchsvoller Fragestellungen an, die bisher noch keine systematische Untersuchung erfahren haben und wertvolle und grundlegende Einsichten in die Beschaffenheit schwedischer Wohlfahrtsstaatspolitik versprechen.

Im Zentrum der Studie steht die Auswertung so genannter „staatlicher offi-

zieller Untersuchungen“ (*Statens Offentliga Utredningar*, SOU) zu ausgewählten Themen der Familienpolitik. Ergänzt wird diese Quellenanalyse durch die Zusammenstellung von entsprechenden Reichstagsdebatten, Regierungsvorlagen und familienpolitischen Reformen. Angesichts der Zentralität der SOUs für den schwedischen Wissenschafts- und Politikbetriebs sicherlich eine berechtigte, wenn auch nicht sonderlich originelle Quellenauswahl. Mit der ausschließlichen Fokussierung auf SOUs und andere einschlägige staatliche Quellen ist Lundqvists Studie aber keineswegs eine Ausnahme: Die meisten historischen Arbeiten zur schwedischen Politik beziehen sich exklusiv auf dieses leicht zugängliche offizielle Quellenmaterial. Die internationale Beobachterin mag sich allerdings fragen, ob bei dieser in Schweden gängigen Wissenschaftspraxis nicht die Gefahr einer einseitigen „offiziellen“ Geschichtsschreibung besteht. Aufschlussreich für die Rekonstruktion historischer Entwicklungen ist ja nicht nur, was innerhalb der offiziellen politischen Foren gesagt und getan wurde, sondern auch, welche Stimmen und Interessen von den politischen Deutungs- und Verhandlungsprozessen ausgeschlossen wurden, auch wenn sich die Erforschung letzterer oft auf weniger verlässliche Quellen stützen muss.

Lundqvist konzentriert sich auf zwei Bereiche schwedischer Familienpolitik, die während des gesamten Untersuchungszeitraums immer wieder zur Debatte kamen: erstens die Entwicklung der Unterstützungsleistungen zur Mutterschaft und zweitens den Themenkomplex „erwerbstätige Mutter vs. Hausfrau“ mit Bezug auf die Kinderbetreuung. Die familienpolitischen Entwicklungen um diese Themen herum werden in ihrem chronologischen Ablauf rekonstruiert. Jedes Kapitel behandelt je eine Dekade von den dreißiger bis zu den frühen siebziger Jahren, wobei zunächst jeweils ausgewählte SOUs besprochen werden, gefolgt von einer Zusammenfassung der Reichstagsdebatten und den daraus resultierenden familienpolitischen Reformen. Die Auswahlkriterien der SOUs bleiben in der Studie jedoch etwas unklar: So werden zum Beispiel die SOUs zur Kinderbetreuung der fünfziger und sechziger Jahre ausgiebig erörtert, während die SOUs der dreißiger und vierziger Jahre zum selben Thema keine Beachtung finden. Kapitel fünf weicht von der allgemeinen Erzählstruktur ab, als es sich einer längeren Zeitspanne widmet, 1960–1975, und SOUs und politische Debatten nicht mehr getrennt erörtert. Auch wird für dieses Kapitel zusätzliches Quellenmaterial herangezogen, vor allem Schriften der Sozialdemokratischen Partei zur schwedischen Gleichstellungsdebatte, was sich aber positiv auf Erzählfluss und Aussagekraft des letzteren Teils

der Arbeit auswirkt. Das Schlusskapitel der Arbeit konkludiert mit der unstrittigen, weil bereits vielfach belegten, Schlussfolgerung, dass sich das gesellschaftliche Familienleitbild Schwedens zwischen 1930 und 1975 von einer patriarchalen Tradition hin zur „institutionalisierten Geschlechtsneutralität“ (S. 260) bewegte.

Lundqvist hat in ihrer Studie einen Schatz an spannenden Zitaten zusammengetragen und gibt die historische Entwicklung der ausgewählten familienpolitischen Debatten und Reformen detailgetreu wieder. Eine weitreichendere sozioökonomische oder politische Kontextualisierung derselben fehlt aber weitgehend, so dass der postulierte Zusammenhang von familienpolitischer Ausrichtung und „schwedischem Modell“ implizit bleibt. Schade auch, dass die schwedische Selbstreferentialität dieser Arbeit den Blick darauf verstellt, wie radikal und innovativ viele der familienpolitischen Debatten in Schweden, vor allem in den frühen Wohlfahrtsstaatsjahren, im internationalen Vergleich waren.

Wer von diesem Buch Aufschluss über die eingangs gestellte Frage nach dem Zusammenwirken von Wissenschaft und Politik erwartet, wird allerdings enttäuscht werden. Zwar bietet Lundqvist vor allem im Schlusskapitel viele interessante Überlegungen zur Rolle der SOUs in der schwedischen Familienpolitik, doch wer-

den solche Aussagen losgelöst von der historischen Narration präsentiert und wirken entsprechend vage und impressionistisch. Das Hauptproblem der Studie liegt dabei im Fehlen einer systematischen Methodik: Weder Text- noch Diskursanalyse, Netzwerkanalyse oder irgendeine andere sozialwissenschaftliche oder sozialhistorische Analysemethode lässt sich in der Arbeit ausmachen, die es ermöglicht hätte, anhand des vorliegenden Quellenmaterials nachweisbare Bezüge zwischen wissenschaftlichem Diskurs und politischen Deutungskämpfen und Konsensfindungen herzustellen. Ebenso ist ein klarer Analyserahmen zu vermissen. Wohl weist die Einleitung auf eine institutionelle Forschungsperspektive hin, jedoch erfährt der Leser nichts über die institutionellen Felder von Wissenschaft und Politik im Allgemeinen oder dem „staatlichen Untersuchungswesen“ im Besonderen.

Wie standen die institutionellen Regeln und Normen von Wissenschaft und Politik in Schweden während des untersuchten Zeitraums zu einander? Zu welchen Überschneidungen, Synergien und Spannungen kam es zwischen wissenschaftli-

chem und politischem Diskurs, respektive Wissenschaftlern und politischen Akteuren? Wie und unter welchen Bedingungen fanden neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Ideen Eingang in die schwedische Familienpolitik und wie und unter welchen Umständen wurde Wissenschaft für politische Zwecke instrumentalisiert? Wie veränderte sich das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in dem fast fünfzig Jahre umspannenden Untersuchungszeitraum? So wäre zum Beispiel spannend zu erfahren gewesen, wie die institutionellen Zugangsmöglichkeiten des politischen Feldes die, für Schweden spezifische, enge Vernetzung von Wissenschaft und Politik ermöglichte – die Doppelrolle des einflussreichen Forscher/Politiker-Ehepaares Myrdal sei hier exemplarisch genannt. Lundqvists Studie schneidet viele dieser Fragen an, kann aber aufgrund der fehlenden Systematik keine befriedigenden Antworten liefern. So harrt diese wichtige und hochinteressante Frage nach dem Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik im schwedischen Wohlfahrtsstaat noch ihrer eingehenden Untersuchung.

*Ingela K. Naumann (Edinburgh)*